63. Jahrgang. № 137. Montag, 19. Mai 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 5.40 M., monatlich 1.80 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige An- und Verkäufe 50 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der Reichspräsident gegen Mordfrieden.

Das wahre Frankreich.

Von einer schweizerischen Persönlichkeit, die soeben aus Frankreich zurückgekehrt ist, erhalten wir folgenden Bericht über die dort empfangenen Eindrücke:

Die Stimmung ist im französischen Volke durchaus nicht einheitlich. Es erfährt die Friedensbedingungen durchweg nur in den gefärbten Auszügen, die die Regierung mit allem Raffinement zur Verbreitung bringt, um Mißstimmungen in den Arbeiterkreisen fernzuhalten. Nichts wäre gefährlicher, als wenn in Deutschland der Glaube sich verbreiten würde, daß in Frankreich die Arbeitermassen in einen Kampf gegen ihre Regierung zugunsten der deutschen Genossen eintreten würden. Nach meinen Beobachtungen ist die Zahl der Elemente, die sich gegen einen Gewaltfrieden stemmen würden, ganz minimal. Ihr politischer Einfluß ist gleich Null. Weit größer wäre der Widerstand ernster Handelskreise gegen einen Frieden, der ihre Beziehungen mit Deutschland erschweren könnte. Aber die Regierung hat ja Vorsorge getroffen, daß die künftigen Handelsbeziehungen für Frankreich so günstig sind, daß jene Bedenken in Fortfall kommen. Man lasse sich ja nicht durch einige schwache Protestrufe in wenigen Zeitungen der Ganzradikalen über die eigentliche Stimmung in den Arbeiterkreisen täuschen, sondern sehe der Wahrheit mutig ins Gesicht, und diese allein kann zur Rettung Deutschlands führen. Kein Mensch will in ganz Frankreich — und ich habe in den verschiedensten Städten mit den allerverschiedensten Politikern und Vertretern so ziemlich aller Berufsklassen über diesen Gegenstand gesprochen —, also ich sage, kein Franzose will glauben, daß Deutschland nicht widerstandslos unterzeichnen würde. Mit der Möglichkeit einer Fortsetzung des Krieges oder einer größeren Ausdehnung der Besetzung scheint im Ernst kein Mensch zu rechnen.

Man würde geradezu in eine tödliche Verlegenheit geraten, wenn die deutsche Regierung erklären wollte: Wir lehnen ab. Denn von Paris aus ist das Volk dahin bearbeitet worden, daß es überzeugt ist, ganz Deutschland nähme noch einen viel schlimmeren Frieden an, als ihn Clémenceau ausgesprochen hat. Die Mißstimmung richtet sich in den bürgerlichen Kreisen weit eher gegen Wilson, von dem man annimmt, daß er Clémenceau Schwierigkeiten bereitet habe. Und man hofft selbst in sozialistischen Kreisen, daß Frankreich bald nach dem Friedensschluß seine Souveränität über das rechte Rheinufer ausbreiten werde. Wer Einwendungen gegen diese Idee machen wollte, und wer auf die Gefahren eines späteren Revanchekrieges hinweist, dem lacht der Franzose ins Gesicht: „Ach, Deutschland liegt für alle Zeiten am Boden und gehört nur noch der Geschichte an".

Die industriellen und Handelskreise können bei allem Chauvinismus, der durch ihre Reihen geht, die Beklemmungen nicht los werden, daß sie durch Amerika und England bei dem Aufteilungsgeschäft in Deutschland übervorteilt werden könnten. Frankreich besitzt den Ehrgeiz, eine Industriemacht ersten Ranges zu werden und den Wettbewerb mit England aufzunehmen. So reden es sich der Großkaufmann und der kleine Gewerbetreibende ein. Da sie ihr Ziel ohne die Mitwirkung der deutschen Industriemacht nicht zu erreichen glauben, so würden sie froh sein, wenn ihre Regierung es zuwege brächte, daß die gesamte deutsche Industrie ohne allzu große Gewaltanwendung in Frankreich aufginge. Die deutsche Industrie soll nach diesen Anschauungen Frankreich das Sprungbrett für einen erfolgreichen Wettbewerb mit England sein.

Ganz anders die Stimmung im Heere. Wenn es noch einmal sollte zur Besetzung von Deutschland aufgeboten werden, so würde nach meinen Beobachtungen ein starker Rückschlag in dem jetzigen Rausche eintreten. Im gesamten Heere ist die Kriegsmüdigkeit über alle Maßen groß. Man würde aus allen Himmeln fallen, wenn Frankreich noch einmal marschieren sollte.

Französische Vertuschungstaktik.

Versailles, 18. Mai. „Matin" meldet: Der Viererrat hat beschlossen, den Vertragsentwurf im Wortlaut nicht zu veröffentlichen und der französischen Presse zu verbieten, die Auszüge aus der deutschen Presse zu bringen. „Matin" glaubt, daß Lloyd George in der gestrigen Sitzung des Viererrats seine drei Kollegen davon überzeugt habe, daß es unangebracht sei, den Wortlaut des Vertrags veröffentlichen zu lassen, solange er weder unterzeichnet noch ratifiziert sei. Ferner meldet „Matin", daß der Deputierte Dutreil den Kammerpräsidenten Deschanel brieflich ersucht habe, im Lesezirkel der Kammer deutsche Zeitungen auch fernerhin auslegen zu lassen, da ihre Lektüre die einzige Möglichkeit biete, den Friedensvertrag kennen zu lernen.

Eine weitere Note über das Saargebiet.

Versailles, 18. Mai. Am 17. ds. Monats ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz Clémenceau eine weitere das Saargebiet betreffende Note der deutschen Friedensdelegation übergeben worden. Die Note enthält, wie die Pariser Presse bereits heute morgen mitteilt, Vorschläge deutscher Sachverständiger zur Deckung des französischen Kohlenbedarfes durch geeignetere Mittel als die in dem Friedensentwurf vorgesehenen. Eine Veröffentlichung des Wortlautes der Vorschläge ist für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegnerischer Seite Wert gelegt wird.

Wilson hat genug.

„Newyork World" veröffentlicht ein Telegramm aus Washington, wonach Präsident Wilson beabsichtigt, nach seiner Rückkehr öffentlich zu erklären, er wünsche nicht wieder gewählt zu werden; er hat das schon vertraulich den Mitgliedern der Deputation für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt. Das Blatt sagt aber, es sei möglich, daß auf den Präsidenten ein so starker Druck ausgeübt werden wird, den Streit um den Völkerbund durchzukämpfen, daß er dadurch veranlaßt werden wird, sich dennoch wieder zur Wahl zu stellen.

Die Ukraine in den Händen der Bolschewisten.

Warschau, 18. Mai. Funkspruch des Wiener Korrespondenz-Bureaus. „Gazeta Polska" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kommandanten der polnischen Militär-Organisation in Kiew, der vorgestern aus Kiew in Warschau eingetroffen ist. Nach seinen Mitteilungen ist mit Ausnahme der Bezirke Luck, Rowno, Ostrog und eines Teiles der Bezirke Schitomir und Kowel die ganze Ukraine in den Händen der Bolschewisten. Petljura, dessen Hauptquartier in Rowno war, habe sich der Sowjetregierung angeschlossen. Der Kommandant der ukrainischen Armee, Hetmann Oskilko, habe in Rowno einen Staatsstreich versucht, der jedoch mißglückte. Mit wenigen Offizieren habe er sich zu den polnischen Truppen gerettet. Die Roten Truppen seien auf dem Vormarsch gegen Tarnopol in Ostgalizien eingebrochen, um sich mit den Ungarn zu vereinigen. Die Stadt werde jetzt vom Volkskommissar Rakowski beherrscht. Gegenwärtig befänden sich auch Lenin und Trotzky in Kiew. Das Elend in der Ukraine sei unbeschreiblich. Banden von tausenden uniformierter Leute mit Artillerie brandschatzen das Land.

Wien, 18. Mai. Nach einer Meldung des polnischen Generalstabs aus Warschau vom 17. Mai erorberten die Polen bei der Offensive gegen die Ukrainer unter anderem die Stadt Komarno. Die Hauptmacht der Polen stehe nordwestlich von Lemberg. In Wolhynien seien die Ukrainer am Styr umzingelt und zur Waffenstreckung gezwungen worden. Der Befehlshaber Ossecky samt seinem Stabe und 2000 Mann seien gefangengenommen worden.

Kriegszustand zwischen Rußland und Rumänien.

Amsterdam, 18. Mai. Das Reutersche Bureau meldet, daß die Russen ein Ultimatum an Rumänien gerichtet haben. Beide Länder befinden sich im Kriegszustande.

Die Bedingungen für Oesterreich.

Paris, 17. Mai. (Reuter.) Die Bestimmung im Friedensvertrag bezüglich der Forderungen an Oesterreich sieht die Bezahlung einer Entschädigung von 5 Milliarden Mark in Gold vor.

Paris, 18. Mai. (Agence Havas.) Der österreichische Friedensvertrag ist fast fertig. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeiten für den Krieg sind faktisch dieselben, wie in dem Deutschland betreffenden Vertrage. Aber der frühere Kaiser Karl wird nicht angeklagt.

Wien, 17. Mai. Wie die „Wiener Allgem. Zeitung" aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat Frankreich auf die Anregung des französischen Gesandten in Wien, Allizé, der unverzüglichen Repatriierung der in Frankreich internierten und konsignierten Staatsangehörigen von Deutsch-Oesterreich zugestimmt.

Der Wirtschaftsausschuß des Verbandes hat den Plan eines Zollvereins zwischen den Staaten der ehemaligen habsburgischen Monarchie verworfen, so daß die Frage dem Viererrat vorgelegt wird. England, Amerika und die Tschecho-Slowakei waren dem Plane günstig gesinnt, Italien, Polen und Rumänien dagegen. Auch Frankreich scheint im ganzen abgeneigt zu sein. Die Verteilung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Flotte, die von Italien bei der Erörterung der Wiedergutmachung zur Sprache gebracht wurde, wird ebenfalls von neuem geprüft.

Verhandlungen mit der österreichischen Delegation.

Versailles, 17. Mai. „Temps" meldet, der Austausch von Vollmachten zwischen den Ententemächten und Oesterreich zwecks Prüfung finde Montag in St. Germain statt. Wie „Intransigeant" berichtet, fand heute die erste Fühlungnahme der österreichischen Delegationsmitglieder mit den Alliierten statt. Es wurde die erste Plenarsitzung der französischen, englischen und italienischen Delegierten mit den vier österreichischen Sachverständigen zur Besprechung der Frage der Verproviantierung Oesterreichs abgehalten.

Gewaltige Kundgebungen in Berlin.

Berlin, 18. Mai. Im Lustgarten versammelte sich heute morgen eine unübersehbare Menge von Auslandsdeutschen und zog in eindrucksvollem Demonstrationszuge nach der Wilhelmstraße, wo sie durch Abordnungen dem Reichspräsidenten Ebert und dem Ministerpräsidenten Scheidemann eine Entschließung überreichen ließen, in der sie den schärfsten Einspruch erheben gegen die Vergewaltigung, die Deutschland durch die unerhörten Friedensbedingungen erleiden würde. Insbesondere protestieren die Auslandsdeutschen gegen jeden Raub ihres im Auslande zurückgelassenen Eigentums und gegen jede Einschränkung des freien Niederlassungsrechts. Die Entschließung besagt zum Schluß: Dieser vom unversöhnlichen Hasse diktierte Frieden darf nicht Wirklichkeit werden. Diese Bedingungen dürfen nicht unterzeichnet werden.

Dem stürmischen Drängen der wartenden Menge nachgebend, sagte

der Reichspräsident

vom Balkon des Reichsamts des Innern aus in einer Ansprache etwa folgendes:

Meine Herren! Durch ganz Deutschland schallt ein Schrei der Empörung über die uns von unseren Feinden vorgelegten Friedensbedingungen. Da ist es verständlich und selbstverständlich, daß auch die Auslandsdeutschen mit aller Kraft ihre Stimme ertönen lassen. Ganz abgesehen von den schweren Verlusten, die Sie an Hab und Gut erlitten haben, soll Ihnen die freie Betätigung im Auslande nach dem Willen unserer Feinde versagt sein. Rechtlos soll der Deutsche fürder im Auslande sein. Nichts anderes besagen die Bedingungen dieses Gewaltinstruments, das ein freies Volk von 70 Millionen zum Sklaven der Welt machen will. Trotzalledem wollen wir den Mut nicht verlieren. Das Ausland, das deutsche Arbeit, deutschen Fleiß und deutsche Redlichkeit kennt, wird die Achtung des Deutschen nicht zugeben. Es wird mit uns seinen Ruf erschallen lassen, daß dieser Knebelungsfrieden, den wir nie und nimmer unterzeichnen werden, nicht zustande kommt, sondern wirklich ein Frieden der Verständigung und Versöhnung.

Von der Reichskanzlei aus sagte Unterstaatssekretär Albert u. a., daß solche Bedingungen nicht angenommen werden könnten. Nur, wenn Deutschland mit dem Auslande Handel treibe, nur wenn die Auslandsdeutschen für die Heimat arbeiten und für die Heimat tätig sein könnten, sei es Deutschland möglich, auf seinem verarmten Boden seine Bevölkerung zu erhalten.

•

Die Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung

hatte fünf Versammlungen in den größten Sälen, sowie eine Kundgebung auf dem Königsplatze im Tiergarten einberufen. Es hatten sich hier etwa 5000 bis 7000 Menschen zwischen dem Bismarckdenkmal und der großen Freitreppe zum Reichstage versammelt. Hier wurde folgende Entschließung angenommen:

Viele Tausende von Männern und Frauen Berlins erheben Einspruch gegen den ihnen zugemuteten Frieden. Wir wollen nicht in ein namenloses Unglück gestürzt werden. Wir können nicht dulden, daß 60 Millionen Menschen zu Sklaven werden. Alle Stände und Parteien sind sich einig, daß jede Vergewaltigung des Deutschtums ebenso abzuwehren ist, wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Wir wollen kein neues Blutvergießen. Ein Wille und ein Ziel ist in allen lebendig: Gegen Vergewaltigung, für Völkerversöhnung! Wir fordern das Festhalten an Wilsons 14 Punkten. Wir fordern einen Frieden, der die Grundlage für den Völkerfrieden bilde.

An die Deputation der Arbeitsgemeinschaft richtete

Reichspräsident Ebert

folgende Ansprache: Ich danke Ihnen herzlich für die machtvolle Kundgebung. Wir müssen uns rühren und handeln. Wir müssen unsere letzte Kraft einsetzen gegen die drohende Vergewaltigung. Millionen Volksgenossen in Deutschland und Deutsch-Oesterreich sollen ihrer Rechte beraubt und geknechtet werden. Unser Volk, wir alle sollen bettelarm werden. Unsere Industrie, unsere Wirtschaft soll vernichtet, politisch sollen wir für vogelfrei erklärt werden. Rechtlos macht man uns allen anderen Nationen gegenüber. Wir würden ehrlos, wenn wir uns nicht mit allen Kräften dagegen wenden würden, die in uns wohnen. Im Namen der Regierung kann ich Ihnen versichern:

Wir können und werden diesen Frieden nicht unterschreiben.

Schwere Tage stehen uns bevor. Helfen Sie uns, lassen Sie es nicht bei dieser einen Demonstration. Das ganze deutsche Volk muß sich hinter uns stellen und uns stützen in dem Kampf um den Frieden, der uns Recht und Lebensmöglichkeit sichern soll.

Vom Balkon herab richtete dann Präsident Ebert noch folgende Ansprache an die Menge:

Ich habe mit Ihrer Deputation gesprochen und gehört, daß Sie in den verschiedensten Stadtteilen machtvolle Kundgebungen gegen den Frieden, den man uns zumutet, veranstaltet haben. Ich sehe auch, daß Sie zu Zehntausenden hier erschienen sind, um Ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für diese Kundgebung. Es geht

ein Schrei der Entrüstung und Empörung

durch unser ganzes Volk, und mit Recht. Wir wären ehrlos und würdelos, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufbieten gegen die Schmach, die uns angedroht wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Man will nicht allein Millionen deutscher Volksgenossen vergewaltigen. Man will uns finanziell erwürgen, man will uns wirtschaftlich ruinieren. Man will uns rechtlos machen in der ganzen Welt. Die Arbeiterklasse vor allem wäre es, die unter diesen schmachvollen Bedingungen elend und jämmerlich zusammenbrechen würde. Die Arbeitslosigkeit, die heute schon durch die Straßen heult, würde sich vermehren. Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter wären gezwungen, das Vaterland zu verlassen und draußen in der Welt jämmerliche Arbeitsbedingungen aufzunehmen, um dann schmählich unterzugehen. Niemals darf sich ein Volk von 70 Millionen solche schmachvolle Bedingungen gefallen lassen. (Stürmischer Beifall.)

Meine Damen und Herren! Das deutsche Volk wird diese Bedingungen nie und nimmermehr annehmen. Wir lehnen sie ab. Mag da kommen, was auch kommen mag. (Minutenlanger, stürmischer Beifall.)

In diesen schicksalsschweren Tagen, die uns bevorstehen, in dem Kampfe um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes ist es notwendig, daß Mann und Frau, jung und alt sich hinter uns stellen und mit uns gemeinsam für Menschenwürde, Freiheit und Dasein kämpfen. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, einzustimmen: Das junge republikanische Deutschland, die Völkerversöhnung und der